

24. November 2019, von Michael Schöfer

Die schleichende Entwertung von Sparguthaben

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat vollkommen recht, wenn sie die europäischen Staaten zu mehr Investitionen auffordert. Gerade wir Deutschen könnten und sollten hier mehr tun. Investitionen stärken den Binnenmarkt, und Investitionsbedarf gibt es ja mehr als genug. Lagarde versprach, die EZB werde "weiterhin die Wirtschaft unterstützen" und dabei kontinuierlich die Nebeneffekte ihrer Geldpolitik beobachten. Eine baldige Zinswende ist daher nicht zu erwarten, sie wäre auch angesichts der horrenden Staatsverschuldung für die südlichen Mitgliedstaaten der Eurozone nur schwer zu verkraften. Allerdings muss man beim Negativzins, den die EZB den Banken für deren Einlagen bei der Zentralbank abverlangt, ein großes Fragezeichen setzen, denn der Negativzins beginnt langsam, aber sicher die Mittelschicht zu treffen. Und das ist ein höchst unerfreulicher Nebeneffekt der Geldpolitik.

Die Volksbank Raiffeisenbank Fürstfeldbruck gibt nun den Negativzins an ihre Kunden weiter, für neueröffnete Tagesgeldkonten wird bereits ab dem ersten Euro (!) ein Minuszins von 0,5 Prozent in Rechnung gestellt. Beobachter sprechen von einem Dambruch und prognostizieren, dass früher oder später alle Sparer fürs Sparen bestraft werden. Die erhalten ohnehin seit Jahren - wenn überhaupt - nur noch Minizinsen für ihr Geld. Besserverdienende können auf Immobilien oder Wertpapiere ausweichen, was für Durchschnittsverdiener angesichts ausufernder Baukosten nur schwer möglich respektive bei Aktien mit einem höheren Verlustrisiko verbunden ist (insbesondere wenn es um die Rücklagen fürs Alter geht, sollte man diese Gefahr nicht vernachlässigen).

Laut Bankenverband hatten die Deutschen Ende 2017 insgesamt 2,1 Billionen Euro in Sicht-, Termin- und Spareinlagen angelegt. Doch diese Summe ist höchst ungleich verteilt. Wie die Deutsche Bundesbank in schöner Regelmäßigkeit feststellt, besitzt die untere Hälfte der Bevölkerung kein oder kein nennenswertes Geldvermögen. Der Negativzins wird sich folglich vor allem für Kleinsparer, die keine echte Anlagealternative haben, verheerend auswirken. Das Einkommen in Deutschland ist nicht nur so ungleich verteilt wie vor 100 Jahren, es muss auch im Zusammenhang mit dem Negativzins noch einmal daran erinnert werden, dass die politische Instabilität der Weimarer Republik auf die Verarmung der Mittelschicht zurückzuführen war, damals lösten sich nämlich die Ersparnisse der Bürger innerhalb kurzer Zeit größtenteils in Luft auf.

Das war zwar seinerzeit der Hyperinflation geschuldet, wenn aber künftig Kleinsparer von der niedrigen Inflation (2018: 1,8 %) plus einem Negativzins von 0,5 Prozent betroffen sind, bedeutet das eine schleichende Entwertung ihres ohnehin vergleichsweise geringen Sparguthabens. Wer beispielsweise nach einem langen Arbeitsleben 50.000 Euro auf der hohen Kante hat, besitzt dann nach fünf Jahren real bloß noch 44.508 Euro. Es ist fraglich, wie lange unsere Gesellschaft die partielle Enteignung durch die Geldpolitik der EZB akzeptiert.